

# STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 215 · 37. Woche · 78. Jahrgang · Filder

/17. September 2023

www.stn.de · € 2,70 · E 4063



## Mein Magazin Halbzeit, Krisenzeit!

In unserer Wochenende-Ausgabe widmen wir uns dieses Mal den Tücken der Midlife-Crisis und der Frage, ob wir uns so was überhaupt noch leisten können. Außerdem haben wir ziemlich schicke Tapeten ausfindig gemacht und uns das Vereinswesen in Deutschland angeschaut. Und, ja, wir haben auch Wein in Portugal getrunken.

## Kommentar

### Erst alles aufklären, dann Schlüsse ziehen

Ermittlungen um den Mord von Wiesloch laufen. Die können ein unbefriedigendes Ergebnis liefern.

VON CHRISTIAN GOTTSCHALK

In Wiesloch ist eine Frau getötet worden. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass in der Folge alles getan wird, um aufzuklären, wie der psychisch kranke Täter aus dem Maßregelvollzug entwichen und die schreckliche Tat begehen konnte. Das schuldet man dem Opfer, seinen Angehörigen und natürlich der Öffentlichkeit, die davor bewahrt werden muss, dass sich solche Ereignisse wiederholen. Ob eine Sondersitzung des Sozialausschusses der zielführende Weg dahin ist, zumal zu diesem Zeitpunkt, das ist eine ganz andere Frage.

Dass Manfred Lucha die politische Verantwortung zu tragen hat, steht außer Frage. Die Absicht einiger Abgeordneter, dem Sozialminister dabei Fehler anzukreiden, war deutlich zu spüren. Doch wichtiger als die öffentlichkeitswirksame Befragung ist die Aufklärung der Ereignisse vor Ort. Die dauert noch an. Und in einem Bereich kann Lucha kaum etwas vorgeworfen werden: Die Planstellen sind alle besetzt. Da hat es der Maßregelvollzug besser als viele andere Einrichtungen. Es kann also durchaus zu dem unbefriedigenden Ergebnis kommen, dass der Vorfall nicht zu vermeiden gewesen wäre.

Gab es aber Fehler, müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden. So wie in Weinsberg, als vor zwei Jahren eine Gruppe Männer die Anstalt filmreif mit zusammengeknüpften Laken aus dem Fenster verließ. Dort hat man Spezialisten des Landeskriminalamts an der Sicherheit nacharbeiten lassen.

## Wetter



Mittags 26° | Nachts 13°

Bei viel Sonnenschein wird es nochmals angenehm warm

Seite 26

## Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0  
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



## Klimastreik mit neuer Strategie

Mehrere Zehntausend Menschen haben am Freitag in Deutschland – hier vor dem Reichstag in Berlin – an weit mehr als 200 Orten für mehr Tempo und Ehrgeiz beim Klimaschutz demonstriert. Soziale Gerechtigkeit rückt in den Fokus des Protests.

Foto: dpa/Annette Pleh

## Neue Umfragen: AfD bleibt zweitstärkste Kraft im Bund

„Historisches Versagen“, „Tabubruch“, „fatale Entscheidung“: Nach der Durchsetzung einer Steuersenkung in Thüringen mit Stimmen der AfD steht die CDU deutschlandweit massiv in der Kritik.

ERFURT/BERLIN/STUTTGART. Die AfD hat zwei neuen Umfragen zufolge ihre Position als deutlich zweitstärkste bundespolitische Kraft gefestigt. Im neuen ZDF-Politbarometer der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen von Freitag legt die Partei um einen Prozentpunkt auf 21 Prozent zu, nach Senderangaben ein Höchstwert. Im aktuellen Deutschlandtrend für das ARD-„Morgenmagazin“ verharrt die AfD nach der Erhebung von Infratest dimap bei 22 Prozent.

Stärkste Kraft ist weiterhin die Union mit unverändert 26 Prozent im ZDF-Politbarometer und 28 Prozent (-1) im ARD-Deutschlandtrend. Die SPD kommt auf 17 (-2) beziehungsweise 16 Prozent (+/-0). Die Grünen können sich jeweils um einen Punkt auf 16 beziehungsweise 15 Prozent verbessern. Der dritte Ampelpartner, die FDP, kommt auf 6 (-1) beziehungsweise 7 (+1). Die Linke verharrt bei 5 beziehungsweise bei 4 Prozent.

Die Verabschiedung eines Gesetzes im Thüringer Landtag mit den Stimmen von CDU, AfD und FDP sorgte für scharfe Kritik an der Union. „Die CDU in Thüringen hat gestern mit der Höcke-AfD gemeinsame Sa-

„Wenn etwas wahr ist, eine eigene Überzeugung, wird sie nicht dadurch falsch, weil die Falschen sagen, sie ist wahr. Grundsätzlich will die CDU ihre Politik aber nicht von diesen Typen von der AfD abhängig machen.“

Manuel Hagel,  
CDU-Fraktionschef  
im Stuttgarter Landtag



Foto: Lichtgut/  
Lefl Piechowski

che gemacht“, erklärte der SPD-Parteivorstand am Freitag in Berlin. Die Grünen sprachen von einem „Tabubruch“. Das Landesparlament hatte den CDU-Antrag zur Senkung der Grunderwerbsteuer am Donnerstagabend beschlossen. Die Regierungsfraktionen von Linken, Grünen und SPD stimmten dagegen, sie haben jedoch keine eigene parlamentarische Mehrheit. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) warf der CDU mit Blick auf die vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte AfD unter ihrem Rechtsaußen Björn Höcke einen „Pakt mit dem Teufel“ vor.

Die CDU verteidigte ihr Vorgehen in Thüringen. Es sei infam, der CDU eine Nähe zur AfD zu unterstellen, sagte CDU-Vizechefin Karin Prien im Deutschlandfunk. Der baden-württembergische CDU-Fraktionschef Manuel Hagel erklärte: „Wenn etwas wahr ist, eine eigene Überzeugung, wird sie nicht dadurch falsch, weil die Falschen sagen, sie ist wahr.“ Grundsätzlich wolle die CDU ihre Politik aber „nicht von diesen Typen von der AfD abhängig machen.“ dpa/AFP/ang

Pro und Kontra

## Taurus-Votum in ein bis zwei Wochen?

Nicht nur die Ukraine drängt Kanzler Olaf Scholz, über die Lieferung von Marschflugkörpern zu entscheiden.

MÜNSTER. Trotz immer lauter werdender Forderungen nach der Lieferung von Marschflugkörpern vom Typ Taurus an die Ukraine hat Berlin eine rasche Entscheidung abgelehnt. „Wenn das jetzt noch eine Woche oder zwei dauert, bis eine Entscheidung fällt, dann ist das so“, sagte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Mit den Lenkflugkörpern können Ziele weit hinter dem Frontverlauf getroffen werden. Die Bundesregierung fürchtet, die Ukraine könnte die Waffen für Angriffe auf russischem Gebiet einsetzen.

Laut US-Medien könnte Washington jedoch schon bald Artillerie-Kurzstreckenraketen ATACMS an Kiew abgeben, die eine ähnliche Reichweite haben. Bei der Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für Verhandlungen über ein Ende des Kriegs betonte Pistorius, die Entscheidung liege bei Kiew. dpa

## Lucha: Angriff mit Messer war nicht zu verhindern

Nach der Messerattacke in Wiesloch muss der Sozialminister dem Sozialausschuss des Landtages Rede und Antwort stehen.

STUTTGART/WIESLOCH. Nach dem tödlichen Messerangriff in Wiesloch (Rhein-Neckar-Kreis) hat sich erstmals der Landtag mit der Tat befasst. Die Opposition wollte am Freitag dem Psychiatrischen Zentrums Nordbaden (PZN) wissen, ob die Tat, bei der eine 30-Jährige starb, hätte verhindert werden können. Nach Einschätzung Luchas ist das nicht der Fall, es deute nichts darauf hin.

Tatverdächtig ist ein 33-Jähriger, der zuvor auf dem Weg zur Arbeitstherapie aus dem Psychiatrischen Zentrums Nordbaden (PZN) entwichen war. Nach der Flucht in die Innenstadt von Wiesloch soll er dort in einem Geschäft auf die Frau eingestochen haben. Das Messer hatte er zuvor dort entwendet. Die SPD-Abgeordnete Dorothea Kliche-Behnke wies in der Sitzung darauf hin, dass die Patientenzahlen im Maßregelvollzug in den letzten Jahren um ein Drittel erhöht worden seien. Jedoch sei die Qualität

der neuen Plätze nicht gut, auch bleiben ihren Worten nach viele ausgeschriebene Personalstellen unbesetzt.

Klinikvertreter nahmen den Minister in diesem Punkt in Schutz. Christian Oberbauer, Medizindirektor des Maßregelvollzugs am PZN, bestätigte zwar einen Zuwachs der Patienten seit 2018, die Zahl der Beschäftigten könne damit jedoch mithalten. Laut Polizei ist ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes eingeleitet worden.

Insgesamt gibt es im Land sieben Zentren für Psychiatrie mit neun Standorten: Bad Schussenried, Calw, Emmendingen, Reichenau, Weinsberg, Weissenau, Wiesloch, Zwielfalten und Heidelberg. Manche der Kliniken behandeln nur psychisch kranke Täter, manche konzentrieren sich auf Suchtkranke. Ziel ist es, die Menschen so weit zu stabilisieren, dass sie nicht mehr gefährlich sind. dpa/cgo

Kommentar

## Ausschreibung zu Ehrenamtspreis beginnt

Mit Hilfe der Leserinnen und Leser sucht unsere Zeitung den Stuttgarter/ die Stuttgarterin des Jahres 2023.

STUTTGART. Startschuss für den mit insgesamt 12 000 Euro dotierten Ehrenamtspreis Stuttgarter/Stuttgarterin des Jahres 2023: Stuttgarter Nachrichten, Stuttgarter Zeitung und die Volksbank Stuttgart würdigen in einer gemeinsamen Aktion vorbildliches freiwilliges Engagement in der Stadtgesellschaft und setzen dabei auf die Mithilfe der künftigen Leserschaft.

Bis 15. Oktober besteht die Möglichkeit, Vorschläge für Personen einzureichen, die es aufgrund ihres vorbildlichen ehrenamtlichen Engagements in der Landeshauptstadt verdient haben, als Stuttgarter und Stuttgarterin des Jahres 2023 ausgewählt zu werden. Anschließend trifft eine Jury eine Vorauswahl. Das letzte Wort haben dann wiederum die Leser in einem Onlinevoting. red

## Ja zu schnellerem Netzausbau

STUTTGART. Wegen der Energiewende soll das Stromnetz in Baden-Württemberg schneller ausgebaut werden. Darauf haben sich die Netzbetreiber und die Landesregierung verständigt. Der Umbau des Energieversorgungssystems drohe ansonsten ins Stocken zu geraten, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die nach einem Treffen in Stuttgart am Freitag veröffentlicht wurde. Die Milliardenausgaben dafür zeichnen sich bereits ab. dpa

## Friseure im Südwesten in Not

STUTTGART. Immer mehr Friseurbetriebe im Land geben auf, weil sich ihr Unternehmen nicht mehr lohnt. Viele Friseure mieteten sich in anderen Salons ein, heißt es in der Branche. Zudem nehme der Anteil der nicht mehrwertsteuerpflichtigen Kleinstbetriebe zu, die mit den größeren Betrieben konkurrieren. Die Branche fordert dringend eine Senkung der Mehrwertsteuer.

Die Zahl der Friseure ging laut Handwerk BW, dem Spitzenverband des Handwerks in Baden-Württemberg, infolge der Pandemie deutlich zurück. Zwischen Anfang 2020 und Anfang 2023 schrumpfte die Branche um 3500 Beschäftigte auf noch 25 400. Die Zahl der Azubis nahm sogar um ein Drittel auf derzeit 1900 ab. dag